

A N F R A G E von Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon), Brigitta Johner-Gähwiler (FDP, Urdorf) und Hanspeter Haug (SVP, Weiningen)

betreffend Durchsetzung der flankierenden Massnahmen bei einem allfälligen Bau eines Gateway-Terminals im Limmattal

Im Verkehrsrichtplan wurden flankierende Massnahmen definiert für den Fall eines Baus eines Gateway-Terminals im Limmattal; unter anderem der maximal zulässige Anteil von Gütern, welche auf der Strasse transportiert werden. Bereits mit der Dringlichen Anfrage KR-Nr. 318/2006 wurden in diesem Zusammenhang Fragen gestellt. Für deren Beantwortung wurde jedoch auf die Ausführungen zum Postulat KR-Nr. 185/2005 betreffend flankierende Massnahmen verwiesen. Solche Ausführungen liegen nicht vor. Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung ist daher nicht befriedigt, weshalb wir uns erlauben nachzufassen:

Wir fragen daher den Regierungsrat an:

1. Mit welchen Mengen an Gütern wäre bis 2025 auf einem Gateway-Terminal zu rechnen? Wieviele Lastwagenfahrten würden dadurch monatlich ausgelöst?
2. Welche Mittel würden den Limmattalerinnen und Limmattalern für die Durchsetzung dieser flankierenden Massnahmen zur Verfügung stehen?
3. Welche Sanktionsmöglichkeit bestehen bei einer Nichterfüllung dieser flankierenden Massnahmen?
4. Wie wahrscheinlich ist eine solche Nichterfüllung? (An dieser Stelle sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass der RAPP-Bericht zur Standortevaluierung davon ausgeht, dass sich der Schiene/Schiene-Anteil laufend reduzieren wird. Prognostiziert wird ein Anteil von 60%, was ein klarer Verstoss gegen die flankierenden Massnahmen wäre.)

Josef Wiederkehr
Brigitta Johner-Gähwiler
Hanspeter Haug